

**FDP**

Die Liberalen

---

**Heizen wird  
Luxus!**

**NEIN** zum  
**Energiegesetz!**

Kantonale Abstimmung vom 10. Juni 2018

# Kein staatlicher Handlungsbedarf



Die Bevölkerung des Kantons Solothurn unternimmt bereits sehr viel, um Energie zu sparen und die Umwelt zu schonen. Wir alle wollen einheimische, erneuerbare Energien fördern und effizient mit den Ressourcen umgehen.

Der Regierungsrat schreibt in seinem Energiebericht 2017 (siehe Kasten), dass der Energieverbrauch abnimmt und die bisher getroffenen Massnahmen den gewünschten Effekt erzielen. Trotzdem legt er ein Gesetz vor, welches massive Verschärfungen im Gebäudebereich beinhaltet. Regierung und die linken Parteien wollen die Bürgerinnen und Bürger entmündigen.



**Es besteht kein gesetzlicher Handlungsbedarf:**

**Das aktuelle Energiegesetz von 2005 ist aktuell und zeitgemäss.**

«Die Umsetzung des kantonalen Energiekonzepts 2014 ist auf Kurs. Der Kanton Solothurn konnte im Gebäudebereich den fossilen Energieverbrauch reduzieren und den Anteil an erneuerbaren Energien steigern. Es besteht kein zusätzlicher Handlungsbedarf. Wie in der gesamten Schweiz zu beobachten, nimmt der Energieverbrauch auch im Kanton Solothurn seit 2005 tendenziell ab. Die Anstrengungen in den Bereichen Effizienz und Erneuerbare Energien sind im Verbrauch bereits erkennbar, werden aber durch die tiefen Energiepreise verlangsamt.»

# Liberaler Menschen sagen am 10. Juni 2018 **NEIN** zum kantonalen Energiegesetz.

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn



Klimaschutz und eine umweltschonende Energienutzung liegen uns allen am Herzen. Die Politik muss aber auch bei der Umsetzung der Energiestrategie freiheitliche Rahmenbedingungen beachten und Augenmass walten lassen. Solothurnerinnen und Solothurner tun bereits viel für eine bessere Energieeffizienz und brauchen nicht bevormundet zu werden. **Das neue Energiegesetz will uns vorschreiben, wie wir zu heizen, zu bauen und zu sanieren haben.** Und zwar bis ins kleinste Detail! Das können wir Liberalen nicht akzeptieren.

Eigenheimbesitzer mit geringem Einkommen, insbesondere Seniorinnen und Senioren kommen besonders an die Kasse. Sie können sich die teuren staatlichen Vorschriften nicht leisten. Für junge Familien wird der Traum vom Eigenheim zum bürokratischen und finanziellen Albtraum. Und den Mieterinnen und Mietern werden die horrenden Sanierungskosten auf den Mietzins geschlagen.

Die Revision des Energiegesetzes schießt weit übers Ziel hinaus. Der Sanierungszwang bedeutet einen massiven Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Menschen in diesem Kanton. **Was wir brauchen ist eine Energiepolitik mit Augenmass – extreme Lösungen schaden uns allen.**

Ich bitte Sie deshalb, am 10. Juni NEIN zum Energiegesetz zu stimmen.

Liberaler Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Nünlist'.

Stefan Nünlist  
Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

# Das erwartet Sie mit dem neuen Energiegesetz:



Der Ersatz der Öl- oder Gasheizung wird zum baubewilligungspflichtigen und teuren Mammutprojekt. 10 Prozent der Wärmeleistung müssen durch erneuerbare Energie abgedeckt werden oder die Gebäudehülle ist zu sanieren.



Konsequenz I: Alte Öl- und Gasheizungen werden so lange wie möglich laufengelassen statt durch neue, sauberere Kessel ersetzt. Es droht ein Sanierungsstau.



Konsequenz II: Senioren, die ihr Eigenheim abbezahlt haben und aus Altersgründen keine neue Hypothek aufnehmen können, werden bei einem Heizungsersatz vor unlösbare finanzielle Probleme gestellt.



Konsequenz III: Energetische Sanierungen werden auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt.



Extrem detaillierte Bauvorschriften lassen beim Hausneubau keinen Raum mehr für innovative, kreative und bessere Lösungen. Ein Teil des Stroms muss selber erzeugt werden. Egal, ob es ökologisch oder ökonomisch sinnvoll ist oder nicht.



Elektroboiler werden verboten und müssen bis spätestens in 12 Jahren ersetzt werden.



Während Jahren wurde Heizen mit Gas als umweltfreundliche Lösung propagiert und gefördert. Das gilt nun nicht mehr: Selbst der Biosgasanteil im Gas gilt nicht als anrechenbarer Anteil erneuerbarer Energie.

Wir kaufen die Katze im Sack. Niemand weiss heute, wie das neue Energiegesetz genau umgesetzt werden soll. Die Behörden erhalten alle Macht. Parlament und Volk haben nichts mehr zu sagen!

Das neue Energiegesetz ist nicht bezahlbar, asozial und führt zu massiv mehr Bürokratie.

**Deshalb empfiehlt Ihnen die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn:  
NEIN zum kantonalen Energiegesetz am 10. Juni 2018**

**FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn**

Schöngrünstrasse 35, 4500 Solothurn, Telefon 032 622 31 66, [info@fdp-so.ch](mailto:info@fdp-so.ch), [fdp-so.ch](http://fdp-so.ch)